

**Mit der vorgesehenen 25%gen Einsparungswelle
GEHT ES NICHT UM EINE ECHTE BUDGETSANIERUNG,
sondern um eine Verschiebung der Gelder von unten nach oben**

Es geht um Privatisierungen der für Private lukrativen öffentlichen Dienste (siehe Spitalswesen; Stolzalpe,..). Durch die Sparbudgets wird deren Verkauf als Budgetrettung plausibel gemacht. Dem Budget hilft das nichts.

Trotz 25% ger Kürzung steigen die Schulden weiter (425 Millionen Neuverschuldung). Auch wenn in den nächsten 4 Jahren wieder in jedem Doppelbudget 25% erneut eingespart würden, könnte das Defizit nicht entscheidend verringert werden. Ein Überleben der Vereine im Sozial-Jugend-Kultur-Bildungs- und Gesundheitsbereich wäre schon nach der nächsten Einsparungswelle vollkommen in Frage gestellt. Die vorgesehenen Einsparungen führen zu keiner Lösung des Budgetdefizits.

**Auch Voves weiß: Alles Sparen
nützt dem Budget gar nichts!**

Das Defizit steigt trotzdem!

**Das Budget ist mit Sparen nicht zu
konsolidieren !**

Angeblich wurde der Wirtschaft nichts geschenkt. Angeblich wurden die Banken mit hoch verzinsten Darlehen gestützt (Aussage Pröll). Angeblich wird auch schon zurückgezahlt! Angeblich hat Voves eine gute Politik betrieben! Angeblich boomt die steirische Wirtschaft! Angeblich sind die Steuererleichterungen für Superreiche notwendig, damit sie in Österreich bleiben!

**Trotzdem will die Landesregierung
die Bedürftigen belasten!**

Die Landesregierung tut so als gäbe es keine ALTERNATIVE zu diesem Budget.

Sie möchte den bisher größten steirischen Protest in undemokratischer Weise ignorieren. Solange das Großvermögen auch noch aus dem Steuertopf mit Renditen und Risikoübernahmen bedient wird, werden wir als BürgerInnen nur in eine endlose Zinsknechtschaft gezwungen, die nur den Reichen zu Gute kommt.

Es gibt aber Alternativen

Eine Budget- Sanierung über erhöhte Einnahmen (Erbchafts- und Vermögenssteuern; Steuern auf Spekulationen, Stiftungen, Vermögenszuwachssteuer, Transaktionssteuer,...) wäre der einzig richtige Weg - verbunden mit einer Reduzierung unnötiger Ausgaben (Prestige-Objekte, Doppelgleisigkeit in der Verwaltung und Parteien, Subventionen an Großbetriebe ...).

Von den im Landtag vertretenen Parteien wie KP und Grünen sollte man sich erwarten, dass sie eine vollkommene TRANSPARENZ des vorgelegten Budgets erarbeiten, in dem klar erkennbar ist, wohin die Steuergelder gehen.

Wir fordern:

- sofortige Eintreibung der aus ständigen Sozialabgaben und Steuern der Wirtschaft
- sofortige Reduzierung der zu zahlenden Zinsen für die Staats- bzw. Landesdarlehen auf 1%
- sofortige Rücknahme aller angekündigten Einsparungsmaßnahmen im Sozial-, Jugend-, Kultur- Bildungs- und Gesundheitsbereich
- keine Neuverschuldung ohne Volksbefragung
- Demokratische Kontrolle der Budgeterstellung durch publizistische Veröffentlichung

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Die drohenden Folgen dieser Umverteilungs-Politik von arm zu reich gemeinsam verhindern

Wird diese Art der Budgetpolitik fortgesetzt, so bleiben nicht nur Menschen mit Behinderungen auf der Strecke. Die Einsparungen bei Bildung führen wieder zu Studiengebühren und Schulgeld. Das Pensionsalter wird laufend erhöht, gleichzeitig gibt es aber immer weniger Vollarbeitsplätze – der Weg zurück in die Feudalzeit beginnt Konturen anzunehmen.

VERSCHÄRFUNG DES PROTESTES und der DIREKTEN DEMOKRATIE

Um eine Chance auf Durchsetzung einer Alternative zu haben, müssen sowohl die Plattform25 als auch der ÖGB-Steiermark zu schärferen Maßnahmen greifen. Innerhalb der Gewerkschaft sollte ein Aktionsplan erarbeitet werden. Ausgehend von Betriebsversammlungen über Warnstreiks zu unbefristetem Streik. Der Protest in der Plattform könnte z.B. zu einer dauernden Besetzung des Landhaushofes führen, von dem aus gezielte Aktionen in Richtung der beiden Großparteien geführt werden. (Auch und gerade wenn sie im Landtag wie zu erwarten die 25% Kürzung am 28. April beschließen werden).

Es handelt sich bei diesem Protest um einen Variante der DIREKTEN DEMOKRATIE, indem die Betroffenen sich direkt zur Wehr setzen und ihre Ansichten einbringen möchten. Sie tritt somit in Konfrontation mit der repräsentativen Wahl-Demokratie von der sich immer mehr WählerInnen (bzw. Wahl-VerweigerInnen) hineingelegt fühlen.

Eine Delegation aus der Plattform25 und dem ÖGB mit einem klaren Mandat sollte im entscheidenden Moment die Verhandlungen - öffentlich übertragen - mit den Spitzen der Landesregierung führen.

Für uns Andere gibt es nur mehr Schulden

Im letzten Jahrzehnt wurde der neoliberale Virus – der Ausverkauf des Öffentlichen Eigentums – nicht nur von der Handels- und Wirtschaftskammer, sondern auch von der SPÖVP verbreitet. Wer solchen Schaden am Gemeineigentum anrichtet gehört vor ein „Gericht“. Die Landesregierung plant bereits weitere strukturelle Reformen (Vollath). Es sollen anscheinend alle Sektoren der Daseinsvorsorge, wie: Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser, Wohnen, Kindergärten, Seniorenheime, Zugang zu unabhängigen Informationsquellen usw. ausgelagert und privatisiert werden. Somit werden alle Selbstbehalte und Abgaben in diesen Bereichen für die Betroffenen steigen. Zur Rettung des Kasino-Kapitalismus aus der Krise von 2008 haben die PolitikerInnen – ohne Parlamentsbeschluss, geschweige denn einer Befragung der Bevölkerung - den Banken Milliarden in den gähnenden Rachen geschoben, damit diese weiter spekulieren können. Drei Jahre später bekommt die Bevölkerung die Rechnung in Form von Budgetlöchern serviert. Unter den zahlreichen Abgaben an die EU wie 12 Mrd. € für den „Rettungsschirm“ und sonstigen Nettozahlungen, müssen wir auch für Euratom zahlen - zur Förderung der defizitären Atomindustrie – oder etwas zynischer gesagt : zur Förderung atomarer japanischer Zukunftsszenarien auch in Europa.

Schluss mit dem Spargespens!

Im Krisenjahr 2009 haben laut einem Vermögensbericht Österreichs MillionärInnen ihr Vermögen um 13,7% auf 210 Mrd. € steigern können.

Es ist genug Geld da! Genug in Österreich, einem der reichsten Länder der EU, ebenso in ärmeren Ländern.

Dieses vom Volk erarbeitete Geld - unser Geld! - befindet sich nur in den falschen Händen!

Ein großer Teil wird zunehmend als Dividenden den wenigen Reichen ausgeschüttet bzw. in Rüstung und Rohstoffkriegen oder in Börsenspekulationen tagtäglich verpulvert.

Unser Geld! Geld ist ein allgemeines Gut und soll zumindest durch ein bedingungsloses Grundeinkommen jeder/jedem BürgerIn bereitgestellt werden, damit ausreichender Konsum sowie ein menschenwürdiges Leben für alle gesichert wird, damit die Wirtschaft stabil bleibt, anstatt durch das Spargespens abgewürgt zu werden.

Lasst nicht zu, dass euer Geld, das sich derzeit in falschen Händen befindet, durch dieses Spargespens vernichtet wird.